Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7282**

14. Wahlperiode 06. 11. 2001

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Wolfgang Dehnel, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Renate Blank, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Wilhelm Josef Sebastian, Dr. Wolf Bauer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Paul Breuer, Renate Diemers, Dr. Hansjürgen Doss, Georg Girisch, Hans Jochen Henke, Klaus Hofbauer, Dr. Gerd Müller, Günter Nooke, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Werner Wittlich, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

Instandhaltungswerke der Deutsche Bahn AG in Delitzsch, Chemnitz, Opladen und Zwickau erhalten – neue Investoren für Stendal, Leipzig-Engelsdorf und Neustrelitz

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiativen der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags, die Bemühungen der Sächsischen Staatsregierung sowie der Gewerkschaften und der Betriebsräte der Instandhaltungswerke in Delitzsch, Chemnitz und Zwickau, die Deutsche Bahn AG zur Korrektur des Vorstandsbeschlusses vom 26. Juni 2001 aufzufordern, der die Schließung der oben angeführten Instandhaltungswerke sowie des Werkes in Opladen vorsieht und fordert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf, ihren Einfluss zu nutzen, um durch geeignete Maßnahmen eine Schließung zu verhindern. Die Bundesregierung soll insbesondere dazu beitragen, dass die Arbeitsplätze in Delitzsch, Chemnitz, Opladen und Zwickau bestehen bleiben und Investoren für die Instandhaltungswerke in Stendal, Leipzig-Engelsdorf und Neustrelitz zu finden, deren Ziel es ist, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten.

Begründung

Der Deutsche Bundestag hält es für unangemessen, dass die Deutsche Bahn AG ihre Instandhaltungswerke in Delitzsch, Chemnitz, Opladen und Zwickau schließen will. Diese Entscheidungen sind mit der regional- und strukturpolitischen Verantwortung des Bundes nicht vereinbar. Die Bundesregierung, die die Vertreterin des Bahneigentümers „Bundesrepublik Deutschland“ ist, hat vor allem für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine strukturpolitische Verantwortung. Die Schließung der Ausbesserungswerke würde sich negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Die Schließung würde im Freistaat Sachsen zur Folge haben, dass 2 090 Arbeitsplätze wegfallen. Überdies wären dadurch Regionen betroffen, in denen die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist. Im September 2001 lagen z. B. die Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken Leipzig, zu dem Delitzsch gehört, und Zwickau mit 17,6 bzw. 17,2 % über dem sächsischen Landesdurchschnitt. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit ist in den betroffenen Regionen die notwendige Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zur Abfederung eines derartigen Personalabbaus nicht gegeben. Nach Untersuchungen des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit würde sich z. B. die Schließung der Dienstelle in Zwickau wie folgt auf den Arbeitsmarkt der Region auswirken: Die Arbeitslosenquote würde von 17,2 auf ca. 18,1 % ansteigen.

Darüber hinaus würden sich die Schließungen auch insbesondere negativ für mittelständische Unternehmen der Region auswirken, die mit den Instandhaltungswerken eng zusammenarbeiten.

Berlin, den 6. November 2001

Dr. Michael Luther
Wolfgang Dehnel
Dirk Fischer (Hamburg)
Eduard Oswald
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Renate Blank
Georg Brunnhuber
Hubert Deittert
Peter Götz
Manfred Heise
Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Michael Meister
Norbert Otto (Erfurt)
Wilhelm Josef Sebastian
Dr. Wolf Bauer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Paul Breuer
Renate Diemers
Dr. Hansjürgen Doss
Georg Girisch
Hans Jochen Henke
Klaus Hofbauer
Dr. Gerd Müller
Günter Nooke
Hans-Peter Repnik
Heinz Schemken
Werner Wittlich
Elke Wülfing
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333